

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

**am Dienstag, 27.10.2020
in der Halle "Am Steines", Steinau an der Straße**

**Sitzungsbeginn: 19:45 Uhr
Sitzungsende: 20:40 Uhr**

**Stimmberechtigte Stadtverordnete: 31
davon anwesend: 22**

Der stellvertretende Vorsitzende Markus Harzer eröffnet die Sitzung um 19:45 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Einladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Werner Herd stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, einen Tagesordnungspunkt „Anschaffung von Lüftern für die Schulen/Kitas“ aufzunehmen.

Die Abstimmung hierüber ergibt: - 14 Stimmen dafür -

Da mit diesem Abstimmungsergebnis keine 2/3 Mehrheit erzielt wurde, ist der Antrag somit abgelehnt.

1. Ergänzung der Fachgutachterlichen Stellungnahme im ROV zur ABS/NBS Hanau-Fulda-Würzburg für die Stadt Steinau an der Straße

Erster Stadtrat Arnold Lifka erläutert die Vorlage und die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 29.09.2020, insbesondere die Beauftragung der zusätzlichen Stellungnahme zur Variante VII und deren Abstimmung mit dem Ortsvorsteher von Uerzell.

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Ewald Mattheis teilt mit, dass der Ausschuss einstimmig die Annahme der Stellungnahme zur Variante VII empfiehlt.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau und Stadtentwicklung Werner Herd teilt mit, dass der Ausschuss mehrheitlich die Annahme der Stellungnahme zur Variante VII empfiehlt.

Sodann fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Stellungnahmen zum Variantenvergleich und der Auswirkungsprognose – Teil C/E der RVU/UVU, ABS/NBS Hanau – Würzburg/Fulda: Neubaustrecke Gelnhausen – Kalbach zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

einstimmig angenommen

2. Festsetzung der Gewerbesteuerkompensationsleistung 2020 in Höhe von 1.842.341 Euro

hier: Bekanntgabe des Bescheids des Hessischen Ministeriums der Finanzen vom 02.10.2020 gem. § 50 Abs. 3 HGO

Der Stadtverordnetenversammlung wird der Bescheid des Hessischen Ministeriums der Finanzen vom 02.10.2020 zur Festsetzung der Gewerbesteuerkompensationsleistung 2020 in Höhe von 1.842.341 Euro bekannt gegeben.

3. Kenntnisnahme des aktuellen Finanzberichts

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Steinau an der Straße nimmt den aktuellen Finanzbericht zur Kenntnis.

Der Finanzbericht wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

4. Antrag der BGM-Fraktion vom 12.10.2020

hier: Sachstand Ökopunktekonto und Ausgleichsflächen

Herr Stadtverordneter Frank Amend erläutert den Antrag.

Sodann ergeht folgender Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, über den aktuellen Sachstand bezüglich des Ökopunktekontos im Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten zu berichten und dem Ausschuss eine Übersicht über den aktuellen Bestand und künftigen Bedarf von Ausgleichsflächen vorzulegen.

Um den städtischen Haushalt nicht weiter zu belasten, sollte der Magistrat auch aufzeigen, welche Gelder die Stadt Steinau noch für Ausgleichsmaßnahmen abrufen kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 22

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

einstimmig angenommen

5. Anfrage der BGM-Fraktion vom 12.10.2020

hier: Probleme seit dem Wechsel des Entsorgungsunternehmens

Erster Stadtrat Arnold Lifka beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Welche Probleme bezüglich der Müllentsorgung wurden von Bürgern und Unternehmen an die Stadtverwaltung herangetragen?

Von Bürgern vorgetragene Beschwerden:

- Die Müllgefäße werden in zahlreichen Fällen nicht termingerecht geleert. Allein bis Mitte Oktober 2020 wurden ca. 400 derartige Beschwerden gezählt.

- Die Mitarbeiter arbeiten unter zu großem Zeitdruck. Müllgefäße bleiben daher oft nach Leerung teilweise mitten auf dem Gehweg stehen bzw. werden nicht an den ursprünglichen Platz zurückgestellt.
- Die Müllgefäße werden oft nicht sorgfältig gehandhabt, so dass es zu Beschädigungen kommt.
- Die Müllfahrzeuge fahren teilweise „planlos“ in die Straßen, d.h. die Streckenführung scheint keiner sinnvollen Reihenfolge zu folgen, so dass in manchen Fällen bereitgestellte Tonnen übersehen werden.
- Teilweise werden die bereitgestellten Gefäße nur auf einer Seite der Straße geleert.
- Nach Leerung sind die Straßen teilweise verdreckt. Es liegen dann dort Reste des Abfalls.
- Es kam vor, dass bei Nachleerungen verschiedene Müllfraktionen in einem Fahrzeug als Mischmüll zusammen entsorgt wurden (z.B. Bioabfall zusammen mit Restmüll, Bioabfall mit Papier). Dies widerspricht einer ordnungsgemäßen Abfalltrennung.

Ein Bürger hat aktuell seine Einzugsermächtigung für die Müllabfuhr zurückgezogen. Die Bearbeitung des Widerspruchs kostet Arbeitszeit. Die nachweislich ausgefallenen Leerungen werden der Firma Weisgerber in Abzug gebracht.

Beschwerden des Abfuhrunternehmens liegen insbesondere vor über

- teilweise nicht bereitgestellte Abfallgefäße.
- die Nutzung von Abfallgefäßen, die nicht die der Müllsorte zugeordnete Farbe tragen (wie in § 9, Absatz 3 der Abfallsatzung vorgeschrieben).
- die Bereitstellung von Abfallgefäßen nicht an, sondern auf einem privaten Grundstück (entgegen § 9 Absatz 4 der städtischen Abfallsatzung).
- teilweise nicht gut zugängliche Grundstücke, entweder aufgrund der örtlichen Lage oder widriger Umstände (z.B. zugewachsene Zufahrtswege).

2. Welche Schritte wurden seitens der Verwaltung gegenüber dem neuen Entsorger eingeleitet, um die Probleme in den Griff zu bekommen?

Soweit möglich, wurde bei Beschwerden des Abfuhrunternehmens Abhilfe geschaffen:

Anruf bei den Bürgern, Information über die Sachlage und Bitte um Beachtung der Vorschriften in der Abfallsatzung.

Wo es notwendig erscheint, werden Behinderungen auf Zufahrtswegen beseitigt.

Bzgl. der Farbe der Abfallgefäße wurde der Firma mitgeteilt, dass die Umfunktionierung einiger Mülltonnen in der Vergangenheit geduldet wurde, die Gefäße dann aber üblicherweise eine entsprechende Aufschrift tragen und insbesondere die ordnungsgemäße Kennzeichnung durch die aktuell gültigen Müllmarken auf den Gefäßen gegeben ist. Ein Blatt mit der Abbildung aller zurzeit aktuellen Müllmarken wurde dem Unternehmen zur Verteilung an die Mitarbeiter und Mitnahme auf den Entsorgungsfahrten ausgehändigt.

Auf Bitte des Unternehmens sollten im Frühjahr gemeinsame Kontrollfahrten im Rahmen der regulären Müllentleerungen stattfinden, um Unstimmigkeiten jeder Art für eine weitere spätere Bearbeitung vor Ort direkt aufzulisten (z.B. falsche Kennzeichnungen und Gefäßfarben, ungültige Müllmarken, fehlerhafte Befüllungen, eingestampfte Abfälle in den Tonnen usw. – entgegen § 9, Absatz 2 der Abfallsatzung). Diese Touren mussten leider aufgrund des Corona-Ausbruchs verschoben werden, sollen aber zum nächstmöglichen Zeitpunkt durchgeführt werden.

Jede Beschwerde seitens der Bürger wird sofort der Firma Weisgerber mitgeteilt. Es wird eine Beseitigung des Problems gefordert bzw. um Nachleerung der Abfallgefäße gebeten. Im allgemeinen erfolgt aus der dortigen Verwaltung darauf auch eine rasche Antwort. Die Mitarbeiter dort sind höflich und hilfsbereit. Nachleerungen werden in den meisten Fällen für den nächsten Tag versprochen. Allerdings erfolgt dann die Ausführung teilweise dennoch verspätet oder es wird eine weitere Beschwerde vorgetragen, weil die Leerung immer noch nicht erfolgt ist.

3. Welche Maßnahmen ergreift der Entsorger, um solche Probleme künftig zu vermeiden?

Diese Situation einer über das übliche Maß hinausgehenden unzuverlässigen Abfallentsorgung betrifft nicht nur die Stadt Steinau. Bereits seit mehreren Jahren liegen ähnlich lautende Beschwerden auch in mehreren Kommunen des MKK vor, die bereits schon längere Zeit mit dem Unternehmen arbeiten. Aufgrund des bei allen Beteiligten zunehmenden Ärgers war der Geschäftsführer, Herr Fabian Weisgerber, daher im Februar 2020 um Teilnahme an der sog. Müll-AG gebeten worden, einer regelmäßigen Zusammenkunft der im Ressort Abfallbeseitigung tätigen Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen und des Eigenbetriebs Abfallwirtschaft des MKK. Er konnte seine eigenen Wünsche an die Kommunen vortragen und in einer angeregten Diskussion zu den o.g. Problemen Stellung nehmen. Er versprach eine Verbesserung, die aufgrund einiger unternehmensinterner Umstellungen erreicht werden sollte.

Nach den nun auch hier in Steinau vorliegenden Erfahrungen aus nunmehr insgesamt 10 Monaten sollte m.E. mit Nachdruck (möglichst nach Einholen juristischer Unterstützung), an Herrn Weisgerber herangetreten werden. Mitarbeiter in anderen Stadtverwaltungen teilten auf Nachfrage mit, dass sie selbst schon diese Reklamation durchgeführt hätten, das Vorgehen jedoch als äußerst schwierig und zeitaufwendig erlebten und es dennoch im Ergebnis wenig zufriedenstellend war.

Eine Zusammenstellung der entscheidenden Argumente hinsichtlich des Vorliegens einer Vertragsverletzung durch das Unternehmen in Steinau ist zurzeit in Bearbeitung. Es sollte auf breiterer Ebene versucht werden, hier eine Änderung herbeizuführen. Dies könnte z.B. Thema in einer der im nächsten Jahr stattfindenden Bürgermeister-Dienstversammlungen sein. Ein gemeinsam abgestimmtes interkommunales Handeln hätte möglicherweise mehr Aussicht auf Erfolg.

6. Bericht des Magistrats

Oase Ulmbach / Steinau Miteinander

Mit den Magistratsmitgliedern Arnold Lifka, Simone Riefer, Marianne Rüttger und Gerald Hofmann fand ein Treffen in der Oase Ulmbach statt. Weiterhin nahmen an den Treffen die Vermieterin sowie die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen teil. Themen waren derzeitige Veranstaltungen, Anzahl der Asylbewerber, Mietproblematik, zukünftig auch Treffpunkt für ältere Mitbürger aus Ulmbach. Die Kosten für die Oase Ulmbach, werden derzeit noch im vollen Umfang durch den Main-Kinzig-Kreis erstattet.

Ein geplantes Treffen von Steinau Miteinander am 22.10. wurde wegen Corona abgesagt.

Gefahrenverhütungsschau

Durch einen Mitarbeiter des Gefahrenabwehrzentrums des Main-Kinzig-Kreises wurden alle Kindertagesstätten (außer Marjoß), die Halle Am Steines, das Rathaus, das Theatrum sowie

die Bürgerbegegnungsstätte Marborn begangen. Sobald die Berichte vorliegen, werden die Mandatsträger entsprechend informiert.

Obdachlosigkeit

Gemäß einer Mitteilung des Ordnungsamtsleiters muss davon ausgegangen werden, dass zukünftig mehr Obdachlose unterzubringen sind. Aktuell sind zwei Obdachlose im Dorfgemeinschaftshaus Bellings und zwei Obdachlose in der Altenwohnanlage Schwarzwaldstraße untergebracht. Hierzu gab es auch ein Schreiben der Ersten Kreisbeigeordneten Susanne Simmler dahingehend, dass ausreichend Wohnraum vorzuhalten sei, um Obdachlose vor Erfrierungen zu schützen. Derzeit stehen Räumlichkeiten in der alten Schule Uerzell zur Verfügung.

Sitzung von Ältestenrat und Abteilungs- und Sachgebietsleitern der Verwaltung

Am 08.10.2020 fand eine gemeinsame Sitzung des Ältestenrates mit den Abteilungs- und Sachgebietsleitern statt, um einen Austausch zwischen Mandatsträgern und der Verwaltung zu führen. Schwerpunktthema war die Personalsituation und in welchen Bereichen für den HHPL 2021 aus Sicht der Verwaltung dringender Handlungsbedarf besteht. Ziel war es, frühzeitig die Zusammenarbeit mit den Fraktionsvorsitzenden zu suchen und auszuloten, inwieweit die Mandatsträger diese Bedarfe mitgehen können. Konsens bestand darin, dass die Einführung von neuen EDV Programmen zunächst einmal mit Mehrarbeit verbunden ist und diese nicht von selbst laufen.

Nach Meinung aller Beteiligten sollte der Haushaltsplan 2021 noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden. Am heutigen 27.10. wurde mit Herrn Heil und Herrn Friedrich von den Stadtwerken der Entwurf Wirtschaftsplan 2021 besprochen, der am 09.11. von der Betriebskommission und dem Magistrat beraten werden soll.

Weiterhin wurden mögliche Investitionen in 2021 besprochen und dem Haupt- und Finanzausschuss die Zahlen mitgeteilt.

Windkraft RP Südhessen

Der Plan für die Ausweisung von Windkraftstandorten liegt mittlerweile vor. Darin sind im Stadtgebiet von Steinau nur noch zwei kleinere Flächen ausgewiesen, nämlich am Weinberg und in Hintersteinau. Die Verwaltung will dazu keine Stellungnahme abgeben. Eine entsprechende Beschlussvorlage wird in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Besichtigung Schäferhäuschen

Im Zuge der Magistratssitzung vom 21.10.2020 wurde das Schäferhäuschen besichtigt und Nutzungsvorschläge z. B. als Café oder Bistro gemacht. Auch wurde die Idee geäußert, das Gebäude als Callcenter zu nutzen, um für Rathausbesucher Ansprechpartner für Auskünfte zu schaffen. Der neu gewählte Bürgermeister sollte sich um ein Konzept und Förderungsmittel bemühen.

Beauftragung von Ingenieurleistungen

Für die grundhafte Erneuerung der L 3179 (Freiensteinauer Straße) in der Ortsdurchfahrt Uerzell wurden die Aufträge für die Ingenieurleistungen vergeben.

Erneuerung der Brücke Ahlersbach

Die Beauftragung einer FFH Prognose für die Errichtung einer Furt wurde vergeben.

Personalangelegenheit

Im Zuge der Magistratssitzung vom 21.10.2020 wurde eine Stelle in der Hochbauabteilung zum nächstmöglichen Zeitpunkt vergeben.

Ein Beschluss über die Neubesetzung der Stelle in der Revierförsterei Steinau zum 01.01.2021 bei Hessenforst wurde verschoben. Alle drei Bewerber sollen sich zunächst im Magistrat vorstellen. Es wurde auch darüber beraten, zukünftig ggf. keine IKZ anzustreben sondern ggf. einen eigenen Förster einzustellen.

Über weitere Personalgespräche wird informiert.

Abfallsatzung und Dienstleistungsvertrag mit einem Entsorgungsunternehmen

Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Entleerung Abfallgefäße der Kindertagesstätte Märchenwald wurde durch den Magistrat beschlossen, dass die Abfallgefäße zur Entleerung auf dem Vorplatz des Gebäudes auf dem eigens dafür eingerichteten Standplatz bereitgestellt und von dem Entsorgungsunternehmen über den öffentlichen Zufahrtsweg angefahren werden müssen.

Grundstücksangelegenheiten

Es ein landwirtschaftliches Grundstück in Marjoß angekauft.

Über einem geplanten Grundstücksverkauf im Industriegebiet West wurde beraten.

Bürgermeisterkreisversammlung

- Senkung der Kreisumlage
- Handlungsweise bei Auftreten der Afrikanischen Schweinepest
- Probleme bei der Nachverfolgung von Corona-Kontaktpersonen
- Schulentwicklungsplan
- Probleme bei der Schulbusbeförderung
- Anschaffung von Lüftungsgeräten für Kita und Schulen, wurde mehrheitlich abgelehnt
- Das Gute-Kita-Gesetz ist für die Kommunen fast nicht mehr bezahlbar

Die Sitzung wurde um 20.40 Uhr geschlossen

Stellvertretender Vorsitzender

Schriftführer